

Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Tätigkeiten · Nachrichten · Meinungen

Politik und Sicherheit

Tschad: Schlagabtausch mit Libyen im Sicherheitsrat — Ratspräsidentin Kirkpatrick und der Konsens (28)

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 1/1982 S. 21 fort.)

Nicht mehr nur regionale, sondern durch das amerikanische (und französische) Eingreifen auch globale Aspekte hat der Konflikt im Tschad in den letzten Wochen erhalten. Idealtypisch stehen die Auseinandersetzungen in dem zentralafrikanischen Staat aber keineswegs für den Ost-West-Gegensatz, sondern vielmehr für die Spätfolgen des Kolonialismus, die sich hier besonders bizarr und blutig auswirken. Zwei Konfliktbereiche gehen dabei ineinander über: Zum einen ein alter Grenzstreit mit Libyen, zum anderen ein mit massiver ausländischer Beteiligung ablaufender innenpolitischer Machtkampf zwischen dem (von Libyen geförderten) einstigen Chef der Koalitionsregierung, Goukouni Weddeye, und dem (von den USA unterstützten) jetzigen Machthaber Hissen Habré. Auf ein Mandat der tschadischen Bevölkerung kann weder Weddeye noch Habré verweisen.

I. Mehr die sozusagen traditionell-zwischenstaatliche Seite der Konfliktlage stand Ende März und Anfang April im Vordergrund der Debatte im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Mitte März hatte die gegenwärtige Regierung des Tschad die Einberufung dieses Gremiums beantragt. Nach ihrer Darstellung hält Libyen schon seit 1973 ca. 150 000 Quadratkilometer im nördlichen Tschad besetzt. Libyen intensiviere zudem militärische Angriffe, um die besetzte Zone zwischen dem 20. und 24. Grad nördlicher Breite noch zu erweitern und ihre strategisch wichtigen Mineralvorkommen (u.a. Uran, Wolfram, Kupfer und Gold) auszubeuten. Libyen schüre auch interne Unruhen im Tschad, um eine ihm genehme Regierung einzusetzen. Im Namen des tschadischen Präsidenten Habré wurde verlangt, der Sicherheitsrat solle Libyen auffordern, die illegale Besetzung des nördlichen Tschad zu beenden.

Die Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Dschamahirija bestritt diese Behauptungen vor dem Weltforum. Die Dschamahirija okkupiere kein fremdes Gebiet; sie werde aber auch keinen Zoll ihres Territoriums aufgeben. Der umstrittene Aouzou-Sektor sei stets Bestandteil von Libyen gewesen. Seine Bewohner seien Libyer und dementsprechend auch im libyschen Parlament, dem Allgemeinen Volkskongreß, vertreten. Libyen bedauere allerdings, daß nach der Unabhängigkeit des Tschad im Jahre 1960 nunmehr wiederum Rebellen die Hauptstadt N'Djamena (das frühere Fort Lamy) besetzt hielten und die legitime Regierung des Goukouni Weddeye in die Nordprovinzen vertrieben hätten. Diese Auseinandersetzung sei überdies vor dem

Sicherheitsrat am falschen Orte; die Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) behandle dieses Thema schon.

Der Tschad nahm in einem qualitativ hervorragenden Rechtsgutachten Stellung zu den Grenzkonflikten: Libyen berufe sich bei seinen territorialen Ansprüchen auf den Laval-Mussolini-Vertrag aus dem Jahre 1935, der die zwischen den damaligen Kolonialmächten Frankreich und England in den Jahren 1899 und 1919 gezogenen Grenzen im Sinne der heutigen libyschen Interpretation verändern sollte. Dieser Vertrag könne jedoch keine Gültigkeit beanspruchen, da er zum einen weder ratifiziert worden sei, zum anderen aber die seine Geschäftsgrundlage bildende Bedingung — eine Vereinbarung der damaligen Parteien über die Zukunft Tunesiens — nie eingetreten sei. In einem Freundschaftsvertrag zwischen Libyen und Frankreich aus dem Jahr 1955 seien die heute vom Tschad beanspruchten Grenzen verbindlich nochmals bestätigt worden.

Demgegenüber vertrat Libyen vor dem Sicherheitsrat die Auffassung, daß der Freundschaftsvertrag des Jahres 1955 ungültig sei, da zu diesem Zeitpunkt noch amerikanische und britische Militärbasen auf libyschem Boden bestanden. Bei den Auseinandersetzungen in der Provinz Tibesti habe es sich immer nur um begrenzte Polizeiaktionen Libyens gehandelt. Die heutige Regierung des Tschad werde zudem von der OAU nicht anerkannt. Libyen sei dennoch verhandlungsbereit.

II. Im Sicherheitsrat fand sich für die Argumentation Libyens nur geringe Unterstützung. Bis auf den Demokratischen Jemen sprach sich kein Diskussionssteilnehmer ausdrücklich für den libyschen Anspruch aus. Auch die Befürworter der libyschen Politik plädierten wie die Mehrheit der afrikanischen Staaten für eine Verhandlungslösung unter dem Dach der OAU. Frankreich forderte als ehemalige ›Verwaltungsmacht‹ diesen Konflikt dem Internationalen Gerichtshof im Haag zu unterbreiten.

Zu einer heftigen Auseinandersetzung im Sicherheitsrat kam es zum Schluß der Tschad-Debatte, als die Ratspräsidentin für den Monat April, die Amerikanerin Kirkpatrick, im Anschluß an die Erklärung im Namen aller Mitglieder des Rates (Text: VN3/1983 S.100) noch die ursprünglich in einem Resolutionsentwurf des Tschad enthaltene Ziffer 5 verkündete: Danach bleibe der Sicherheitsrat »mit der Frage befaßt und wird die Situation erörtern, wenn sich dies als notwendig erweist«. Als der sowjetische Vertreter darauf hinwies, daß dieser Passus nicht von der Ratsmehrheit getragen werde, wies Frau Kirkpatrick darauf hin, daß sie diese Äußerung in ihrer Funktion als Präsidentin des Sicherheitsrats getan habe. Der libysche Delegierte bemerkte dazu, daß er eine solche Mißachtung der Aufgaben des Ratspräsidenten von einem Vertreter Amerikas erwartet habe. *Peter H. Rabe* □

Mittelamerika: Zwei Nicaragua-Debatten im Sicherheitsrat — Langsamer Fortschritt auf dem Wege zu Verhandlungen, aber keine Aufgabe festgeschriebener Positionen (29)

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 4/1982 S.139 fort.)

I. Die Bilanz der beiden Nicaragua-Debatten dieses Frühjahrs, die im Sicherheitsrat (23.–29.3. und 9.–19.5.1983) stattfanden, ist besser als die der letztjährigen Beschäftigung des Rates mit der Krisenzone Mittelamerika: Während die erste Zusammenkunft im April 1982 mit einem Veto der Vereinigten Staaten gegen den Resolutionsentwurf S/14941 (Text: VN 4/1982 S.147) endete, kam es nunmehr zur Entschließung 530(1983) des Sicherheitsrats; ein von neun blockfreien Staaten eingebrachter Entwurf wurde am 19. Mai einstimmig angenommen (Text: VN 3/1983 S.100). Um dieses Ergebnis wurde hart gerungen: In 15 Sitzungen des Rates, die zum Teil ungewöhnlich kontrovers verliefen, gab es zu diesem Thema rund 100 Redebeiträge.

Seit der Mittelamerika-Debatte des Jahres 1982 hat sich die Lage beständig verschärft. Nicaragua warf vor allem den USA und Honduras eine gezielte Eskalation der Einmischung in seine internen Angelegenheiten vor. Allein im Januar 1983 seien 16 militärische Angriffe gegen nicaraguanische Zivilisten und Einrichtungen von honduranischem Territorium aus unternommen worden. In diesem Zeitraum hätten konterrevolutionäre Einheiten (»Somoza-Söldner«), die vom amerikanischen Geheimdienst CIA finanziert und ausgebildet würden, mit Duldung und Unterstützung der honduranischen Behörden 46 Nicaraguaner ermordet, 20 verwundet und 67 Personen verschleppt. Es bestünden konkrete Hinweise, daß die im Grenzgebiet zu Nicaragua stationierten honduranischen Militäreinheiten einen bewaffneten Angriff auf Nicaragua beabsichtigten. Die Sandinisten fürchteten keinesfalls die rund 2 500 Söldner; es müsse aber befürchtet werden, daß Honduras und die dahinter stehenden USA die nicaraguanischen Selbstverteidigungsanstrengungen zum Vorwand für eine Invasion nähmen.

II. Der Sicherheitsrat trat zunächst am 23. März 1983 zusammen. In den acht Sitzungen bis zum 29. März, die zum Teil durch scharfe Kontroversen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion gekennzeichnet waren, ergab sich dabei folgendes Bild.

Honduras bestritt jegliche Angriffspläne gegen Nicaragua. Zwar seien die Spannungen in der Region nicht abzuleugnen; diese seien aber das Resultat interner Probleme in Nicaragua. Es befänden sich über 35 000 Flüchtlinge in Honduras, die zum großen Teil aus Nicaragua geflüchtet seien. Die honduranische Regierung habe den Sandinisten wiederholt Friedensverhandlungen und Inspektionen der grenznahen Regionen angeboten, diese Vorschläge seien jedoch unbeantwortet geblieben.

Diese Darstellung wurde auch von der US-Botschafterin Kirkpatrick vorgetragen und dahingehend ergänzt, daß Nicaragua nur deshalb den Sicherheitsrat einschalte, »um Hilfe gegen des eigene Volk zu erbitten«. Sie wiederholte die schon 1982 vorgebrachten